Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW.48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 215. [47. Jahrgang.] Sonnabend den 12. September 1908. [47. Jahrgang.] Nr. 215.

Berlin, den 11. September.

Politischer Tagesbericht.

Die Köln. Ztg. ist bereits einer Unterstellung des Matin entgegengetreten, die dem deutschen Konsul Vassel in Fez ein feindliches Verhalten gegen El Menebhi, den Vertreter Mulay Hafids in Tanger, zuschreiben wollte. Zu unserem Bedauern finden wir dieselbe Unterstellung in dem Leitartikel des Temps vom 10. d. M. Es heißt dort: „Als Herr Vassel Tanger verließ, haben wir aus ausgezeichneter Quelle erfahren, daß der Hauptgegenstand seiner Mission darin bestehe, Mulay Hafid vor den Ratschlägen Menebhis zu warnen, der zu „europäisch“ und nicht genügend „deutsch“ sei.“

Diese für jeden Kenner der Verhältnisse unsinnige Behauptung scheint also in Tanger planmäßig verbreitet worden zu sein. Derselbe Teil der französischen Presse, der von Intrigen des deutschen Konsuls in Fez redet, zettelt vielmehr seinerseits eine Intrige gegen den Konsul an. In Marokko wird daraus kein Schaden entstehen; denn die Marokkaner durchschauen das Spiel. Für die internationalen Besprechungen aber, die wegen Marokkos zu führen bleiben, ist es eine eigentümliche Vorbereitung, daß in dem Augenblick, wo Frankreich die Zustimmung Deutschlands für besondere Vorschläge zu erlangen wünscht, die französische Presse sich in grundlosen Verdächtigungen gegen einen deutschen Konsul und in einer gesucht feindseligen Sprache gegen die deutsche Politik ergeht.

Die asiatische Cholera, welche am 24. Juli in Astrachan aufgetreten ist, hat seitdem eine große räumliche Ausbreitung erfahren. Sie drang zunächst im Gebiet der Wolga stromaufwärts vor und zog die Gouvernements Astrachan, Ssaratow, Ssamara, Simbirsk, Kasan, Nizegorod, Kostroma und Twer, dann im Osten die Kirgisensteppe und die Gouvernements Ufa und Perm in Mitleidenschaft, griff dann nach Westen in das Stromgebiet des Don, das Gebiet der Donschen Kosaken und das Gouvernement Charkow über; dann trat sie nördlich und südlich des Kaukasus im Kubangebiet und in Transkaukasien auf. In den letzten Wochen ist sie nach Westen im Stromgebiet des Dnjepr bis Kiew vorgedrungen und auch in Moskau und in St. Petersburg aufgetreten, während sie gleichzeitig von Baku aus nach Transkaspien verschleppt worden und in Sibirien im Stromgebiet des Jenissei aufgetreten ist. Trotz der enormen räumlichen Verbreitung ist die Zahl der Erkrankungen in Rußland bis jetzt in mäßigen Grenzen geblieben.

Seitens der deutschen und preußischen Behörden wird die Cholera in Rußland mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt. Am 5. September hat im Kultusministerium unter Beteiligung von Kommissaren der ressortmäßig beteiligten Reichsämter und preußischen Ministerien eine Beratung stattgefunden, in welcher Uebereinstimmung darüber bestand, daß alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen sind, um einem eventuellen Einbruch der Cholera in die östlichen Provinzen mit Nachdruck entgegentreten zu können.

Rundschau im Auslande.

Die französisch-spanische Note.

Wie eine Note der Agence Havas mitteilt, sind Frankreich und Spanien über den Text der französisch-spanischen Note hinsichtlich der für seine Anerkennung von Mulay Hafid zu fordernden internationalen Garantieen zu einem Einvernehmen gelangt. Der Text der Note ist Donnerstag abend mit der Post nach San Sebastian und nach Madrid gesandt worden, um die Uebereinstimmung des Wortlautes festzustellen. Ihre Mitteilung an die Mächte wird dann sofort erfolgen.

Mulay Hafid

ist, wie der Agence Havas aus Tanger telegraphiert wird, in Mogador und auch von den Anflus zum Sultan proklamiert worden.

Zum Fall Alberti.

Aus Kopenhagen, den 10., wird berichtet: Nachdem das Ergebnis der vom Sparkasseninspektor vorgenommenen vorläufigen Untersuchung des Standes der Seeländischen Bauernsparkasse dem Ministerium übergeben worden ist, haben der Finanzminister und der Minister des Innern heute über Möglichkeiten verhandelt, um die Folgen des eingetretenen Uebelstandes zu mildern. Das gesamte Defizit beträgt danach etwa 10¼ Millionen Kronen, wovon 1 900 000 Kronen durch die von Vertrauensmännern gezeichnete Garantiesumme gedeckt sind. Der Finanzminister verhandelte später mit den führenden Bankiers über die Lage.

Gemeinsame Ministerkonferenz in Budapest.

Am Donnerstag fand in Budapest unter Vorsitz des Ministers des Aeußeren Frhrn. v. Aehrenthal eine gemeinsame Ministerkonferenz statt, in der die den Delegationen zu unterbreitenden Vorlagen endgültig festgestellt wurden. Die Einberufung der Delegationen wurde wegen der Tagung der österreichischen Landtage verschoben.

Demonstration Arbeitsloser in Glasgow.

Aus Glasgow wird unter dem 10. d. M. berichtet: Dreitausend Arbeitslose versammelten sich gestern um Mitternacht auf dem Georges Square, wo aufreizende Reden gehalten wurden. Die Polizei schritt ein und zerstreute die Menge, die aufs neue einen Zug bildete, um schreiend und singend nach den Stadtvierteln zu ziehen, in denen die wohlhabenderen Klassen der Bevölkerung wohnen. Die Führer der Menge beabsichtigten eine Kundgebung vor dem Hause des Bürgermeisters. Als sie aber auf eine Viertelmeile herangekommen waren, erschien plötzlich berittene Polizei aus einem Hinterhalte und sprengte die Menge nach allen Seiten auseinander. Hierdurch entmutigt, zog dann die Schar nach der Stadt zurück, wo sie auseinandergetrieben wurde. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Polizeimannschaften machten reichlichen Gebrauch von ihren Knütteln, so daß viele Demonstranten am Kopf verletzt wurden. Es sind von seiten der Polizei die nötigen Vorsichtsmaßregeln ergriffen worden, um die Wiederkehr der Unruhen zu verhindern.

Sparsamkeitspolitik Japans.

Einem Telegramm aus Tokio zufolge gab der Premierminister Katsura in einer von ihm im Bankiersklub gehaltenen Rede einen Umriß der Politik strengster Sparsamkeit, welche die Regierung befolgen würde, um das Vertrauen und den Kredit wiederherzustellen. Die Verminderung der Obligationenschuld Japans würde sich auf mindestens fünfzig Millionen Yen jährlich belaufen.

Keine Aenderung im portugiesischen Ministerium.

Wie aus Lissabon telegraphiert wird, hatte der Ministerpräsident am Donnerstag mit den Parteiführern der Regeneradores und Progressisten eine Besprechung über die politische Lage. Allgemein stimmte man darin überein, daß es untunlich sei, in der gegenwärtigen Zusammensetzung des Kabinetts eine Aenderung eintreten zu lassen.

Aus Teheran

meldet die Frankfurter Zeitung: Aus Anlaß der in der vorigen Woche erfolgten Geburt eines Sohnes hat der Schah fast alle in Baghishah seit dem Staatsstreich festgehaltenen politischen Gefangenen freigegeben mit der Bedingung, Persien bezw. Teheran binnen 20 Tagen zu verlassen. Der Schah ist wieder hergestellt.

Kleinere politische Nachrichten.

In Portsmouth ist am Donnerstag das Schlachtschiff St. Vincent von Stapel gelassen worden. Es ist mit 19 250 To. das größte Schiff der Dreadnought-Klasse. — Wie aus Stockholm telegraphiert wird, wurden an Bord des Panzerschiffs John Ericsson infolge der vorzeitigen Entzündung einer in das Geschützrohr eingeführten Pulverladung ein Mann getötet und zwei verletzt. — Nach einer Meldung aus Kairo bereiten die ägyptischen Nationalisten für den am Montag stattfindenden Einzug des Khedive eine große Kundgebung zu Gunsten der Einführung einer Verfassung vor. — Das amerikanische Pacificgeschwader ist am 11. d. in Albany (Westaustralien) eingetroffen.

Adolf Wagner über die Finanzreform.

Ueber die große Frage, wie die Reichsfinanznot zu heilen ist, spricht sich Prof. Dr. Adolf Wagner in einem Schlußartikel in der Woche noch folgendermaßen aus: Im ganzen sei die große Volksmasse in stärkerem Maße für die gesamten Reichs- und Staatszwecke durch die indirekte Besteuerung steigend belastet worden, stärker als die oberen Schichten durch die vermehrten direkten Steuern in Staat und Gemeinden. Und das werde mit der Steuerentwicklung der inneren, der indirekten Steuern noch schärfer hervortreten. Als Fehler der linksstehenden Parteien bezeichnet Wagner den übertriebenen Widerspruch, der von dieser Seite stets gegen die indirekte Besteuerung, auch gegen so eminent zweckmäßige Besteuerungsformen wie Monopole, eventuell überhaupt gegen die Verstaatlichungen und die Verkommunalisierungen aus finanzpolitischen Gründen erhoben worden ist. Dieselbe Opposition mache sich auch jetzt wieder gegen die höhere und steuertechnisch bessere Tabak-, Bier- und Branntweinbesteuerung geltend. Die Agitation der Interessenten, die in einem Teil der Presse eine willige Unterstützung findet, wird von Adolf Wagner treffend folgendermaßen gekennzeichnet:

„Abermals treten die widerlichsten Agitationen der Fabrikanten, Händler, Wirte und tutti quanti hervor. Kein neues Projekt der Entwicklung der indirekten Besteuerung, auch wenn es durch die Erfahrung der ganzen Welt unterstützt würde, kann auftauchen, es findet bei den dadurch zunächst betroffenen Interessenten unbedingten Widerspruch. Man macht Front dagegen, schützt allgemeine öffentliche Interessen vor, wo es sich nur um Einzelinteressen handelt, und — bleibt so ganz in der Opposition oder bittet wie der vom Brand Gefährdete zu seinem Heiligen, poetisch: „Lieber Fiskus, verschone mich, an meinen Nachbar halte dich.“ Aber woher sollen denn die unvermeidlich notwendigen Mittel kommen, um der Reichsfinanznot ein Ende zu machen? Es ist kläglich, anzuschauen, wie jedes Projekt einer Steuer von den durch diese Betroffenen stets abgelehnt und, wenn es geht, immer anderen die Last zugeschoben wird. Das kann den Patrioten und nationalen Politiker tief schmerzen, aber auch empören. Da liegt die schwere Schuld der der indirekten Besteuerung und Monopolform gegnerischen politischen Parteien, die im Reichstag über Steuervorlagen mit zu entscheiden hatten und haben.“

Unter die Getränke, deren höhere Besteuerung gerechtfertigt ist, rechnet Wagner vor allem den Branntwein, bei dem auch die agrarischen und konservativen Parteien Zugeständnisse machen müßten, und das Bier. Ueber die Getränkesteuer im allgemeinen führt er aus:

„Eine stärkere Ausbildung der Getränkesteuer (auch wohl der Tabakbesteuerung) könnte übrigens nach ausländischem Muster (namentlich Englands), zugleich im sanitären und sittenpolitischen Interesse, durch ein ordentliches Lizenzsystem passend mitergänzt werden. Wesentlich dies Interesse spielt bei dieser Besteuerung überhaupt mit und sollte auch bei uns schärfer hervortreten. Im übrigen aber, wenn der „Konsument“ dann auch bei uns mehr belastet wird, so ist das auch sonst zu rechtfertigen. Der Deutsche erleidet dadurch nichts Schlimmeres als jeder Bewohner anderer Kulturländer, und auch nichts Schlimmeres, als er in der privaten Besteuerung durch den Wirt, ohne sich sehr dagegen zu wehren, längst erduldet. Denn dieser wälzt notorisch auf die Getränke im Preise bei Kleinabsatz und Ausschank einen sehr bedeutenden Teil seiner Geschäftsunkosten auch für Lokale, Speisen und wird dadurch in den Stand gesetzt, übertriebene Mieten zu zahlen und so die Grundrente zu Gunsten des Grund- und Hausbesitzers übermäßig zu steigern. Er belastet z. B. im mitbezahlten Bierschaum den Trinker stärker, als es der Staat durch die Biersteuer tut, beweist aber — mit dem allen auch praktisch die ungemeine Tragfähigkeit der alkoholischen Getränke. Von dieser macht der Staat, das Reich bisher bei uns nur sehr bescheidenen Gebrauch. Das Ausland, bei Bier auch Süddeutschland, hat seit langem und neuerdings in steigendem Maß sehr verständigerweise diese Tragfähigkeit für ihre Staatsausgaben auszunutzen gewußt. Das Reich, Norddeutschland, sollte auf diesem Weg endlich folgen.“

Indessen die ganze Schuld an der Finanznot des Reiches schiebt Professor Wagner nicht lediglich den Gegnern einer angemessenen indirekten Verbrauchsbesteuerung zu.

Ein Teil, wenn auch der kleinere Teil der Schuld, treffe auch die ebenso einseitigen Gegner der direkten Steuern. Gewiß, trotz aller berechtigten Bedenken, sei die indirekte Besteuerung die steuertechnisch geeignetste Form der Besteuerung der großen Volksmasse, der unteren und teilweise auch der mittleren Klassen. Aber ebenso gewiß könnten nur durch direkte und ähnliche Steuern die mittleren und vollends die höheren Klassen nach ihrer individuellen Leistungsfähigkeit überhaupt genügend besteuert werden. Daher seien direkte Steuern unentbehrlich für sie. Nur durch deren Eingliederung und richtige Ausbildung in das ganze System der Reichs-, Staats-, Verbands-, Gemeindebesteuerung könnten die höheren Klassen so belastet werden, wie es die soziale Gerechtigkeit in der Besteuerung, wie es die Ueberlastung der Volksmasse mit Verbrauchssteuern, zumal mit Agrarzöllen, verlange. Als Mittel, zur richtigen sozialpolitischen Ausgleichung der Wirkungen der indirekten Steuern, auch im Reich die oberen und Mittelklassen durch direkte Steuern für unmittelbare Reichszwecke mit zu belasten, schlägt Wagner die Erbschaftssteuer vor.

Die Doktorfrage, ob die Erbschaftssteuer eine direkte oder indirekte sei, lehnt Wagner als zwecklos ab, um sich über die Grundsätze der Ausgestaltung dieser Steuer wie folgt auszulassen:

„Es ist von mir und anderen mehrfach geschehen: Beschränkung des gesetzlichen Erbrechts in der Seitenlinie auf nicht zu weite Verwandtschaftsgrade (nicht so weit, wie jetzt Justizrat Bamberger in Aschersleben vorgeschlagen, wie ich es übrigens seit langem prinzipiell auch verlangt habe), zu Gunsten des Reichs; Ausdehnung der Erbschaftssteuern, so gut wie überall im Auslande, auf die ganze direkte Linie, auf die Deszendenten, die Kinder, Enkel usw. und auf die Ehegatten; starke Progression der Steuerhöhe nach der Entfernung der Verwandtschaft vom Beerbten, wie ja bisher überall, auch bei uns schon; starke Progression aber auch nach der Höhe des Erbanteils oder Vermächtnisses; niedrigerer Steuersatz für Immobilien, namentlich ländlichen Besitz (wegen dessen Kapitalisierung zu einem niedrigeren Zinsfuß); auch sonst eventuell Unterschiede der Steuersätze nach Art des Vermögens (z. B. niedriger für feste Rentenpapiere als für Aktien usw.); Steuererleichterung bei Erbschaftssteuern von Familien, in denen die Erbschaften rasch infolge von Todesfällen weitergelangen; Steuerfreiheit allgemein für kleine rentabel angelegte Vermögen (z. B. 1000 oder 2000 ℳ) und für alles, was in Möbeln, Kleidern, Hausinventar usw. besteht; noch weiter (bis z. B. 4000 ℳ Wert), und sonst jedoch Mitumfassung des Nutz- und Gebrauchsvermögens, wie des genannten und ähnlichen, das ist notwendig auch, um gerade die reicheren Klassen ausreichend durch die Erbschaftssteuer mitzutreffen. Ob und wie weit ein Anteil den Einzelstaaten vom Ertrage solcher Reichserbschaftssteuern, wie bei der Reichserbschaftssteuer von 1906, zu geben sei, hinge von besonderen Bedingungen, dem mitspielenden finanziellen Interesse von Reich und Einzelstaaten ab. — Jeder dieser Punkte läßt sich leicht weiter begründen, namentlich auch der wohl strittigste, die Ausdehnung der Steuern auf die absteigende direkte Linie, auf die Kinder usw.“

Der Opposition gegen die Erweiterung der Reichserbschaftssteuer wird folgendes entgegengehalten:

„Hier haben sich gerade die mir sonst nahestehenden Parteien, agrarische und konservative, als ebenso einseitige und vorurteilsvolle Gegner gezeigt, wie ihre politischen und wirtschaftlichen Gegenparteien als Gegner der indirekten Steuern. Mit den hinfälligsten, rein phrasenhaften Argumenten wie „Verletzung des deutschen Familiengefühls“, „antideutsches Vorgehen“ usw. hat man diese Steuer und zumal ihre Ausdehnung auf die Deszendenten bekämpft. Als ob wir hier anders empfänden als andere Deutsche, im Reiche, in Oesterreich und sonst. Als ob eine Steuer, die für Kinder vermutlich zunächst ein Prozent oder wenig mehr betragen würde, also ein Drittel des Reinertrages eines Jahres auch vom ländlichen Grundbesitz und nur alle Menschenalter einmal im Durchschnitt zu entrichten ist, hier eine so schwere, unerträgliche Last wäre, die das Verbleiben des Besitzes, großen wie kleinen, in der Familie gefährde und dergleichen mehr. Die Abhängigkeit von den Zufälligkeiten des Eintritts des Todes eines zu Beerbenden in den Familien ist gewiß ein Mangel dieser Steuern. Auch deshalb ist die Vermögenssteuer eine bessere. Aber man kann diesen Mangel recht wohl durch Spezialbestimmungen einschränken oder durch Ermäßigung der Steuer in Fällen, wenn dasselbe Vermögen in derselben Familie rasch weiter vererbt wird, abhelfen. Ebenso der Befürchtung, daß das leichter zu erfassende Immobilienvermögen gegenüber dem beweglichen, besonders in Wertpapieren angelegten überlastet werde, einmal durch gerechtfertigten niedrigeren Steuerfuß und für Immobilien-, besonders ländliche Grundvermögen, durch Zahlung der Steuer in Raten, sodann durch scharfe Kontrollmaßregeln und Strafen, besonders bei Mobiliarvermögen und bei Umgehung der Steuer durch Schenkungen unter Lebenden. Auch fiskalisch für den Ertrag ist übrigens zu beachten, daß gerade im kinderreichen Deutschland eine Mitbesteuerung der Kinder wichtig ist, mehr als z. B. im kinderarmen Frankreich. Denn hier geht mehr als bei uns der Erbgang in die Seitenlinie. Um das auszugleichen, müßten wir sehr viel höhere Steuersätze für die Seitenlinien haben.“

Adolf Wagner schließt: Gerade die „oberen“ Klassen, ihre politischen Parteien, ihre Vertreter in den Parlamenten, im Reichstag, sollten es als eine Ehrensache, die Konservativen als die Konsequenz des noblesse oblige ansehen, für die Einführung einer solchen Reichserbschaftssteuer, die sie selbst mitzutragen haben, in der Debatte über die Reichsfinanzreform miteinzutreten, ihr ein solches Banner vorantragen, um ihre Pflichten gegen Reich und Fürst und Volk zu erfüllen.

Hof- und Personalnachrichten.

* Ihre Majestät die Kaiserin besuchte gestern mittag um 12 Uhr mit der Prinzessin Viktoria Luise die Königliche Handels- und Gewerbeschule zu Potsdam. Die Prinzessin zeigte besonderes Interesse für die Küchen der Kochschule. Der gestrige Besuch, der zwei Stunden währte, wurde auf Wunsch der Prinzessin unternommen. Die Kaiserin war über das Gesehene sehr zufrieden und versprach, in Kürze wiederzukommen, um mit der Prinzessin die ganze Schule zu besichtigen. Mit herzlichen Worten verabschiedete Sich die Kaiserin von der Vorsteherin Fräulein Just und kehrte im Automobil nach dem Neuen Palais zurück.

* Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz ist gestern abend von Dresden hier eingetroffen und Nachts nach Neu-Strelitz zurückgekehrt.

---

* Prinzessin Mathilde von Sachsen hat sich, wie das Dresdener Journal erfährt, vorgestern durch einen Sturz vom Pferde eine Stauchung der rechtsseitigen Rückenmuskulatur mit handtellergroßem Bluterguß zugezogen. Die Prinzessin wird genötigt sein, sich für einige Zeit Schonung aufzuerlegen.

---

* Wie eine Depesche aus Amsterdam von gestern nachmittag 5 Uhr besagte, waren dort Gerüchte über eine vorzeitige Entbindung der Königin der Niederlande verbreitet.

Nach einem späteren Telegramm aus Apeldoorn ward dort die Meldung von der vorzeitigen Entbindung der Königin bestätigt. Die Entbindung solle bereits am letzten Sonnabend Abends stattgefunden haben. Der Gesundheitszustand der Königin sei günstig.

---

u. Ihre Kaiserliche Hoheit die Frau Prinzessin Nikolaus von Griechenland, Großfürstin von Rußland, traf vor einigen Tagen in Begleitung ihrer kleinen Tochter Marina mit zahlreichem Gefolge im strengsten Inkognito in Berlin ein und nahm im Hotel Adlon Wohnung, um einen Berliner Professor eines Leidens wegen zu konsultieren. Nachdem gestern auch ihre Mutter, die Frau Großfürstin Wladimir von Rußland dort eingetroffen war, traten sie heute früh gemeinsam die Heimreise nach St. Petersburg an.

---

u. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen v. Windheim ist aus Königsberg in Berlin eingetroffen.

u. Der Gouverneur von Samoa Dr. Solf hat in Begleitung seiner Gattin Berlin wieder verlassen und sich zunächst nach Basel begeben. Das junge Paar gedenkt sich von dort aus nach dem Besuch verschiedener Orte Ober-Italiens nach Genua zu begeben und sich dort nach Samoa einzuschiffen.

u. Der deutsche Generalkonsul in Neapel v. Hartmann ist aus Basel hier eingetroffen und im Hotel Kaiserhof abgestiegen.

u. Der Erste Sekretär an der deutschen Botschaft in Madrid Botschaftsrat Dr. Graf v. Oberndorff hat sich von hier nach München begeben.

u. Der zum Sekretär an der deutschen Gesandtschaft in Stockholm ernannte bisherige Legationssekretär an der deutschen Gesandtschaft in Bukarest Dr. v. Verdy du Vernois, Legationsrat, ist aus Bukarest in Berlin eingetroffen und hat im Hotel Adlon Wohnung genommen.

u. Der russische Kriegsminister General Rödiger ist aus St. Petersburg in Berlin eingetroffen.

u. Der frühere japanische Finanzminister Sakatani, der vor acht Tagen auf seiner europäischen Studienreise hier eingetroffen war, hat gestern Berlin wieder verlassen und sich zunächst nach St. Petersburg begeben, um von dort aus auf der transsibirischen Bahn die Heimreise nach Japan anzutreten.

---

* Die Regierungsreferendare Dr. jur. Müller aus Posen, Kramer aus Düsseldorf und Dr. jur. Schmige aus Breslau haben die zweite Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden.

* Der Oberregierungsrat Dr. Scheche in Bromberg, bisher Dirigent der Kirchen- und Schulabteilung der dortigen Regierung, ist dem Regierungspräsidenten in Bromberg mit der Befugnis zu dessen Stellvertretung in Fällen der Behinderung zugeteilt worden.

* Der Regierungsrat Kögel von der Ministerial-, Militär- und Baukommission ist der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin, der Regierungsrat Lindenberg aus Wiesbaden ist der Regierung in Posen, der Regierungsrat Saßnick in Marienwerder der Regierung in Potsdam, der Regierungsrat Wangemann in Oppeln der Regierung in Aachen, der Regierungsassessor Dr. Krauseneck in Aachen der Regierung in Allenstein und der Regierungsassessor v. Neumann in Arnsberg der Regierung in Oppeln zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

* Dem Regierungsassessor Dr. Thon aus Oppeln ist die kommissarische Verwaltung des Landratsamtes im Oberwesterwaldkreise, Regierungsbezirk Wiesbaden, übertragen worden.

* Der neu ernannte Regierungsassessor Dr. v. Natzmer aus Potsdam ist der Regierung in Wiesbaden zur dienstlichen Verwendung als Hülfsarbeiter des Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission im Stadtkreise Frankfurt a. M. überwiesen worden. — Der Regierungsassessor Freiherr v. Oer in Königsberg O.-Pr. ist dem Landrat des Kreises Görlitz, der neu ernannte Regierungsassessor Denicke aus Hannover dem Landrat des Kreises Saatzig (Bezirk Stettin) und der neu ernannte Regierungsassessor Friedrich Schmidt aus Hannover dem Landrat des Kreises Hörde zur Hülfeleistung in den landrätlichen Geschäften zugeteilt worden.

* Der Polizeisekretär Höbich aus Breslau ist zum Polizeiassessor ernannt und ihm eine Polizeiassessorstelle bei der Königlichen Polizeiverwaltung in Magdeburg zum 1. September d. J. übertragen worden.

* Der bisherige Bürgermeister Rudolf Ott zu Markranstädt im Königreich Sachsen ist als Bürgermeister der Stadt Haynau für die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt worden. — Der bisherige Zweite Bürgermeister der Stadt Herford, Wilhelm Busse, ist als Erster Bürgermeister dieser Stadt für die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt worden. — Der Stadtbaurat Ludwig Lubszynski in Krefeld ist als besoldeter Beigeordneter dieser Stadt für die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt worden. — Der Gerichtsassessor Dr. jur. Hans Becker zu Hannover ist als besoldeter Beigeordneter (Zweiter Bürgermeister) der Stadt Minden i. W. für die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt worden. — Der Bürgermeister der Stadt Unna, Friedrich Koch, ist in gleicher Amtseigenschaft auf fernere zwölf Jahre bestätigt worden. — Der unbesoldete Beigeordnete der Stadt Neuwied, Kaufmann Karl Netzert, ist auf fernere sechs Jahre bestätigt worden. — Der Stadtverordnete, Brauereibesitzer Oskar Neufang in St. Johann a. d. Saar, ist als unbesoldeter Beigeordneter dieser Stadt für die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren bestätigt worden. — Der bisherige besoldete Beigeordnete (Zweite Bürgermeister) Georg Zülch in Allenstein ist als Erster Bürgermeister dieser Stadt für die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt worden.

* Die von der Akademie der Wissenschaften zu Berlin vollzogene Wahl des ordentlichen Professors an der Friedrich-Wilhelms-Universität daselbst Geh. Bergrats Dr. Theodor Liebisch zum ordentlichen Mitgliede ihrer Physikalisch-mathematischen Klasse ist bestätigt worden.

* Der Arzt Dr. Kahl in Melsungen ist zum Kreisarzt ernannt und mit der Verwaltung des Kreisarztbezirkes Kreis Melsungen beauftragt worden.

* Dem Königlichen Musikdirektor Ferdinand Hummel zu Berlin ist der Titel „Professor“ verliehen worden.

---

k. General der Artillerie v. Dulitz, Generalinspekteur der Fußartillerie, Generalmajor Sturm, Kommandeur der Eisenbahn-Brigade, die Oberstleutnants: Brauns, Inspizient der Waffen bei den Truppen, v. Zastrow, Direktionsmitglied der Kriegsakademie, die Majore: Fehr, im Kriegsministerium, Bendler, Frhr. von Wrangel, im Großen Generalstabe, Groß, Kommandeur des Luftschifferbataillons, Rauschning, Stabsoffizier beim Bekleidungsamt des Gardekorps, sind in die Garnison zurückgekehrt.

k. Generalleutnant Eßdorff, Inspekteur der 2. Ingenieurinspektion, Generalmajor Zürn, Präses des Ingenieurkomitees, Oberst Sachs, Abteilungschef im Ingenieurkomitee, Oberstleutnant Brose, Abteilungschef im Großen Generalstabe, die Majore: v. Hellfeld, im Großen Generalstabe, Krause, im Kriegsministerium, Schultz, Referent bei der Zentralabteilung der Feldzeugmeisterei, von der Chevallerie, Kommandeur des Telegraphenbataillons Nr. 1, Gundelach, Mitglied des Ingenieurkomitees, haben die Garnison verlassen.

---

* Das bayerische Militär-Verordnungsblatt veröffentlicht eine Reihe von Auszeichnungen an preußische Offiziere. Unter anderen erhielten den Militärverdienstorden erster Klasse Generalleutnant Sixt v. Armin, das Großkreuz des Militärverdienstordens General der Infanterie v. Prittwitz und Gaffron, General der Artillerie v. Dulitz, sowie die Generale der Kavallerie v. Kleist und v. Pfuel und General der Infanterie v. Beseler, das Großkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone die Generale der Infanterie Ritter Hentschel von Gilgenheimb, v. Moltke, Graf v. Hülsen-Haeseler und General der Kavallerie und Kriegsminister v. Einem.

Deutsches Reich.

** Das Königliche Eisenbahnzentralamt in Berlin ist beauftragt worden, wegen Uebernahme der Herstellung von weiteren 570 Lokomotiven verschiedener Gattung für die bestehenden Bahnen mit den Werken, die zurzeit für die preußisch-hessische Staatseisenbahnverwaltung beschäftigt sind, in Verhandlung zu treten. Die Lieferung dieser Lokomotiven soll bis zum 1. Oktober 1909 abgeschlossen sein.

* Im Hinblick auf das mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft tretende Gesetz über die Erleichterung des Wechselprotestes werden in der Presse nochmals die verschiedenen neuen Wechselrechtsbestimmungen hervorgehoben.

So sind Neuerungen vorgesehen für die Angaben, die in den Protest aufzunehmen sind, für die Verzeichnung eines Protestes auf dem Wechsel oder einem mit dem Wechsel zu verbindenden Blatte, für die Wechselzahlung an den Protestbeamten u. a. Die Präsentation zur Annahme oder Zahlung, die Protesterhebung, die Abforderung eines Wechselduplikats sowie alle sonstigen bei einer bestimmten Person vorzunehmenden Akte müssen bekanntlich in deren Geschäftslokal und in Ermangelung eines solchen in deren Wohnung vorgenommen werden. Neu bestimmt ist dazu, daß eine in dem Geschäftslokal oder in der Wohnung eines Beteiligten vorgenommene Handlung auch dann gültig ist.